

Europäische Petition **gegen** die Blockade Kubas



Publicato 07/01/2023 · Aggiornato 06/01/2023

Europäische Petition gegen die gegen Kuba verhängte Blockade und zur Verteidigung der europäischen Unternehmen und Banken gegen illegale extraterritoriale Gesetze

Kuba leidet seit mehr als 60 Jahren unter einer illegalen Blockade durch die Vereinigten Staaten. Diese Blockade wurde von der Trump-Administration mit 243 Maßnahmen verschärft, darunter die Aktivierung der Titel III und IV des Helms-Burton-Gesetzes und die Aufnahme der Insel in die Liste der Länder, die den Terrorismus unterstützen.

Die Kosten der Blockade in den letzten 60 Jahren werden für die kubanische Wirtschaft auf **150.000 Millionen Dollar** zu aktuellen Preisen und auf mehr als **1 Billion Dollar** geschätzt, wenn man die Abwertung des Dollars gegenüber dem Gold mit einbezieht. Leider ist es schwieriger, die menschlichen Tragödien zu beurteilen, für die sie verantwortlich ist.

Diese Blockade betrifft jedoch nicht nur die kubanische Wirtschaft. Unternehmen und Banken in der EU sind ebenfalls Opfer aller von den USA verhängten extraterritorialen Sanktionen und mussten Geldstrafen in Höhe von mehreren Milliarden Dollar zahlen.

Im Jahr 2016 wurde ein Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba unterzeichnet. Sie hat die Handelsströme zwischen den beiden Partnern verstärkt. Die Befürchtungen, die sich aus den Maßnahmen der Trump-Administration ergeben, haben jedoch dazu geführt, dass mehrere europäische Unternehmen Märkte verloren haben. So hat beispielsweise das **Pariser Konsortium Bouygues und Aéroports** seine Konzession für den Flughafen von Havanna aufgegeben, und die **SNCF (Société Nationale des Chemins de fer Français**, eines der wichtigsten französischen Staatsunternehmen, das die alleinige Konzession für den Personen- und Güterverkehr auf der Schiene hält) hat schließlich nicht mit **Ferrocarriles de Cuba** zusammengearbeitet, um ihre Werkstätten und Lokomotiven in Kuba zu renovieren.

Mehrere europäische Unternehmen, darunter **Pernod Ricard, Société Générale, CMA-CGM und Melia**, wurden nach Titel III des Helms-Burt-Gesetzes verklagt. **Dem Vizepräsidenten der spanischen Hotelgruppe Meliá ist die Einreise in die USA gemäß Titel IV desselben Gesetzes untersagt.**

Zwischen 2009 und 2016 zahlten europäische Banken **16 Mrd. USD (davon 9 Mrd. USD an BNP Paribas)** an Strafen **für die Nichteinhaltung extraterritorialer Gesetze der USA**. Diese Erpressung führt dazu, dass sie sich weigern, wieder mit Kuba Geschäfte zu machen.

Wie das französische Finanzministerium in einem Vermerk vom Febr. 2022 feststellte, "zögern französische Banken heute, sich in Kuba zu engagieren, und die Unsicherheit in der Geschäftswelt, die insbesondere durch die Aktivierung von Titel III des US-Helms-Burton-Extraterritorialgesetzes im Mai 2019 und die Aufnahme Kubas in die Liste der Länder, die den Terrorismus finanzieren, im Januar 2021 hervorgerufen wird, erschwert die Durchführung neuer französischer Investitionsprojekte".

Die Europäische Union hat jedoch 1996 eine Verordnung zum Schutz vor den Auswirkungen der extraterritorialen Anwendung von Rechtsvorschriften durch ein Drittland und vor darauf beruhenden oder sich daraus ergebenden Maßnahmen (**Verordnung (EG) Nr. 2271/96**) erlassen und das US-Embargo gegen Kuba wiederholt verurteilt. Diese Verordnung ist jedoch nie umgesetzt worden.

Die EU-Institutionen müssen die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Freiheit des Handels und der Verteidigung zu gewährleisten.

Die Erfahrungen mit **INSTEX (Instrument in Support of Trade Exchanges)**, das darauf abzielt, die von den Vereinigten Staaten gegen den Iran verhängte Blockade zu umgehen, zeigen die Grenzen dieser Art von Projekten, die letztlich nur Lebensmittel und Medikamente betreffen, die bereits von der Blockade ausgenommen sind.

Der **französische Abgeordnete Raphaël Gauvain (LRM)** schreibt in den ersten Zeilen seines Berichts vom 26. Juni 2019, der vom **französischen Premierminister Edouard Philippe** in Auftrag gegeben wurde: *"Die Vereinigten Staaten von Amerika haben die Welt in eine Ära des Rechtsprotektionismus geführt. Während die Rechtsstaatlichkeit schon immer als Regulierungsinstrument diente, ist sie heute zu einer Vernichtungswaffe im Wirtschaftskrieg geworden, den die Vereinigten Staaten gegen den Rest der Welt führen, sogar gegen ihre traditionellen Verbündeten in Europa..."*

Die Europäische Union muss ihre Unternehmen und Banken vor den Auswirkungen illegaler extraterritorialer Gesetze der Vereinigten Staaten schützen und die notwendigen Maßnahmen zur Durchsetzung des internationalen Rechts ergreifen.

Der Euro wird für 60 % der Exporte und 50 % der Importe der Eurozone verwendet. Dies verleiht ihm ein entscheidendes Gewicht gegenüber dem Dollar, zumal die EU über die Mittel verfügt, im Falle von Sanktionen durch ein Drittland Vergeltungsmaßnahmen zu verhängen.

In Anbetracht all dessen fordern wir mit diesem Antrag:

- dass der Petitionsausschuss die Situation in einer seiner Sitzungen erörtert und sich förmlich an die zuständige US-Behörde wendet, um seine und der EU Ablehnung der Blockade und ihrer extraterritorialen Folgen zu demonstrieren
- dass diese Petition an die für Wirtschaft, Handel und Außenbeziehungen zuständigen Ausschüsse des Parlaments weitergeleitet und deren Stellungnahme eingeholt wird;
- dass der Petitionsausschuss die Durchführung einer Anhörung zu den wirtschaftlichen und handelspolitischen Folgen der Blockade für europäische Unternehmen in Erwägung zieht;
- dass die Europäische Kommission die Nichteinhaltung der oben genannten Verordnung untersucht und eine eingehende Studie über die direkten wirtschaftlichen Auswirkungen der US-Blockade gegen Kuba auf die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Kuba, insbesondere für Unternehmen, die bereits von der Blockade betroffen sind, erstellt und vorlegt;

- dass die Europäische Kommission einen Mechanismus ausarbeitet, der die praktische Umsetzung des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit in seinen wirtschaftlichen und handelspolitischen Aspekten ermöglicht und insbesondere die Schwierigkeiten ausgleicht, die sich aus den extraterritorialen Auswirkungen der Blockade ergeben, solange die Vereinigten Staaten diese entgegen dem Völkerrecht aufrechterhalten
- dass die Europäische Kommission dem Europäischen Parlament so bald wie möglich einen Text vorlegt, der es den Banken in jedem Land der Union ermöglicht, für die Durchführung von Finanztransaktionen mit Kuba benannt zu werden, und dass die Europäische Union sich verpflichtet, diese Banken im Falle von Sanktionen eines Drittlandes zu schützen.

Hier kann man sich eintragen:

<https://italiacuba.it/2023/01/07/petizione-europea-contro-il-blocco-imposto-a-cuba-e-per-difendere-la/>

Übersetzung der Felder:

*i campi contrassegnati con l'asterisco * sono obbligatori*

<p>Nome Cognome *</p> <input type="text"/>	<p>Vorname Nachname</p>
<p>Indirizzo - Cap - Paese/Città - Provincia *</p> <input type="text"/>	<p>Adresse - Postleitzahl – Land -Ort Provinz</p>
<p>Email *</p> <input type="text"/>	
<p>Caselle di Spunta *</p> <input type="checkbox"/> Trattamento dati	<p>Kästchen ankreuzen (Datenanpassung)</p>
<p><input type="button" value="Invia"/></p>	<p>senden</p>
<p>Legge 675 e 676</p>	
<p>Condividi:</p>	<p>Teilen</p>